

Amnesie bei Amnesty

Unsere tägliche Israelkritik gib uns heute: zum Beispiel Amnesty International. Einem Bericht der Menschenrechtsorganisation zufolge bringt Israel die Palästinenser durch eine ungerechte Wasserpolitik willentlich in Not. Die Wirklichkeit sieht anders aus. **Von Alex Feuerherdt**

Die Zahlen klingen dramatisch: »Der tägliche Frischwasserkonsum der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser liegt bei rund 70 Litern pro Kopf – und damit deutlich unter der Menge von 100 Litern, die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlen wird«, schreibt Amnesty International in seinem Ende Oktober erschienenen Bericht »Troubled Waters – Den Palästinensern wird ein gerechter Zugang zum Wasser verweigert«. In manchen ländlichen Gegenden sei die palästinensische Bevölkerung sogar gezwungen, mit 20 Litern pro Tag und Person auszukommen, »dem von der WHO angegebenen Minimalbedarf in Notsituationen«. Demgegenüber verbrauche ein Israeli täglich im Schnitt mehr als 300 Liter Wasser.

Der Grund für diese erhebliche Differenz liege in der »diskriminierenden israelischen Politik«, die sowohl gegen verschiedene israelisch-palästinensische Abkommen als auch gegen internationales Recht verstoße: Der Zugang der Palästinenser zu den Wasserressourcen werde massiv eingeschränkt und behindert, unter anderem dadurch, daß Israel über 80 Prozent der einzigen palästinensischen Bezugsquelle für sich beanspruche, fortwährend Wasserspeicher und Bewässerungssysteme in palästinensischen Dörfern zerstöre und das Westjordanland als Müllkippe mißbrauche, wodurch das Grundwasser verschmutzt werde. Während die Bewohner der jüdischen Siedlungen ihre Felder mit Sprinkleranlagen bewässerten sowie Gartenanlagen und Swimmingpools unterhielten, verhindere die israelische Armee teilweise sogar, daß die palästinensische Bevölkerung Regenwasser sammeln kann. »Die 450.000 Siedler«, heißt es in dem Bericht weiter, »verbrauchen insgesamt mehr Wasser als die in der Westbank lebenden 2,3 Millionen Palästinenser.«

Daß die Menschenrechtsorganisation in ihrem 112seitigen Dokument bisweilen ein, um es vorsichtig zu formulieren: eher taktisches Verhältnis zur Wahrheit pflegt, offenbart bereits der letztgenannte Punkt. Denn während sie die etwa 200.000 in Ostjerusalem lebenden israelischen Siedler zu den insgesamt 450.000 Siedlern rechnet, klammert sie die 200.000 Palästinenser Ostjerusalems einfach aus der Vergleichsgröße aus. Bereits dadurch entsteht eine nicht unerhebliche Verzerrung. Doch selbst wenn man die Zahlen unbesehen übernimmt, kommt in bezug auf den Wasserverbrauch ein anderes Ergebnis heraus als das von Amnesty

behauptete. Denn wenn 450.000 Personen jeweils 300 Liter Wasser beanspruchen, ergibt das eine Tagesgesamtmenge von 135 Millionen Litern. Demgegenüber kommen 161 Millionen Liter Wasser pro Tag zusammen, wenn 2,3 Millionen Personen je 70 Liter verbrauchen. Wie man vor diesem einfach zu errechnenden Resultat zu dem Schluß gelangen kann, die Minderheit der Siedler im Westjordanland konsumiere ein größeres Quantum der kostbaren Flüssigkeit als die Mehrheit der dort lebenden autochthonen Bewohner, ist rätselhaft.

Das ist nicht die einzige Ungereimtheit in »Troubled Waters«. Vielmehr ist fraglich, woher Amnesty überhaupt die Verbrauchszahlen hat – eine Quelle wird im Bericht nicht genannt. Andere Statistiken kommen jedenfalls zu wesentlich weniger alarmierenden Ergebnissen, beispielsweise eine Erhebung des in Ramallah ansässigen Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS). Demnach verbrauchte im Jahr 2007 jeder Bewohner in den palästinensischen Gebieten durchschnittlich rund 136 Liter Wasser pro Tag – also fast doppelt soviel wie von Amnesty angegeben und immer noch deutlich mehr als die von der WHO empfohlene Mindestmenge von 100 Litern. Gar 287 Liter pro Kopf und Tag hat die staatliche israelische Wasserbehörde errechnet. Die starke Abweichung erklärt sich zum einen dadurch, daß das PCBS den Gazastreifen in seine Berechnung einbezogen hat, während bei der Wasserbehörde nur die Zahlen für die Westbank zugrunde liegen. Zum anderen gehen beide zwar annähernd von der gleichen Gesamtverbrauchsmenge, jedoch von unterschiedlichen Einwohnerzahlen im Westjordanland aus: Während dem PCBS zufolge etwa 2,3 Millionen Menschen dort leben – eine Zahl, die Amnesty übernommen hat –, geht die Wasserbehörde nur von 1,8 Millionen aus, dem Mittelwert zwischen den Angaben des PCBS und denen der American-Israeli Demographic Research Group, die sich strikt an überprüfbare Daten wie Melde- und Geburtsziffern hält und lediglich auf 1,4 Millionen Westbank-Bewohner kommt.

Grundlage für die Wasserpolitik von Israel und Palästinensern sind die beiden Oslo-Abkommen (Oslo I und II) aus den Jahren 1993 und 1995, in denen es vor allem um die palästinensische Selbstverwaltung und die Autonomie der palästinensischen Gebiete ging. Oslo II enthielt eine umfangreiche Übergangsvereinbarung zur Wasserfrage, die zur Gründung einer gemeinsamen Wasserkommission, des israelisch-palä-

stinensischen Joint Water Committee (JWC), führte. Diese Institution, der Repräsentanten beider Wasserbehörden angehören, ist seitdem mit der Einhaltung und Umsetzung der Absprachen befaßt. Ursprünglich sollte das JWC nur für einen Zeitraum von fünf Jahren bis zu einem endgültigen Abkommen bestehen; da es zu einem solchen Schlußvertrag jedoch nicht kam, vereinbarten beide Seiten die Fortführung der Einrichtung, die somit in bezug auf die Wasserproblematik über eine Legitimation verfügt. Eine der Aufgaben des JWC besteht darin, die Wasserversorgung in der Westbank und dem Gazastreifen zu verbessern, wobei der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) die Zuständigkeit für die Ressourcen und die Abwasserbehandlung in den palästinensischen Gebieten obliegt und Israel verpflichtet ist, zusätzliche Wassermengen an die Palästinenser zu liefern.

Und tatsächlich ist deren Wasserverbrauch erheblich gestiegen, einerseits durch infrastrukturelle Maßnahmen wie die Verlegung von Wasserleitungen und den Bau zahlreicher Brunnen, andererseits infolge israelischer Wasserlieferungen, deren Menge stets deutlich über der vereinbarten lag, im vergangenen Jahr sogar um 40 Prozent. Zwar verbrauchen die Israelis pro Kopf immer noch mehr Wasser als die Palästinenser; die Differenz hat sich im Laufe der Zeit jedoch stark verringert. Besonders deutlich wird das, wenn man den Vergleichszeitraum ausdehnt: Den Angaben der israelischen Wasserbehörde zufolge beanspruchte 1967 jeder Israeli 508 Kubikmeter Wasser im Jahr, während es bei den Palästinensern im Westjordanland nur 86 Kubikmeter pro Kopf waren. 2007 lag der Jahresverbrauch auf israelischer Seite – unter anderem bedingt durch die Wasserknappheit infolge regenarmer Jahre, damit verbundene Sparmaßnahmen sowie ein geändertes Konsumverhalten – bei nur noch 153 Kubikmetern je Einwohner, während er in der Westbank auf 105 Kubikmeter gestiegen war. Zum Vergleich: Im selben Jahr verbrauchte ein Libanese 949 Kubikmeter Frischwasser, ein Syrer 861, ein Ägypter 732 und ein Jordanier 172. Daß die Israelis die größten Wasserverschwender in der Region wären, läßt sich also nicht behaupten, und nach der amerikanischen Studie *Water in the Middle East* aus dem Jahr 2006 ist die Wasserversorgung in der Westbank sogar besser als in Großstädten wie Amman, Tunis oder Algier.

Angesichts dieser Zahlen hat das israelische Außenministerium den Bericht von Amnesty International scharf kritisiert: »Israel hat seine Verpflichtungen gemäß dem Wasserabkommen hinsichtlich der Lieferung zusätzlicher Wassermengen an die Palästinenser erfüllt und die obligatorische Menge sogar weit überschritten«, hieß es in einer Erklärung. Die Palästinenser hingegen hätten »erheblich gegen ihre Verpflichtungen gemäß dem Wasserabkommen verstoßen«. Nach einem Bericht der am JWC beteiligten israelischen Wasserbehörde vom März dieses Jahres betreffen diese Verstöße zum einen das Bohren von Brunnen, die nicht vom JWC genehmigt wurden. Im Westjordanland

seien rund 250 dieser Reservoirs eigenmächtig ausgehoben worden, im Gazastreifen nach dem Abzug der israelischen Armee vor vier Jahren sogar über 3.000. Darüber hinaus würden immer wieder Wasserpipelines angezapft. Dadurch gerate das gesamte Wassersystem durcheinander; zudem sei der Wasserverlust infolge dieser illegalen Baumaßnahmen und Abzweigungen enorm. Er liege in der Westbank bei etwa 33 Prozent, gegenüber einem durchschnittlichen Verlust in Israel von elf Prozent.

Zum anderen sei die Abwasserbehandlung in den palästinensischen Gebieten vollkommen unzureichend. Trotz entsprechender Verpflichtungen und trotz der finanziellen Mittel, die aus dem Ausland zu diesem Zweck bereitgestellt würden, bauten die zuständigen palästinensi-

bank erstreckt und von Regenfällen gespeist wird. Das eingesickerte Wasser bahnt sich seinen Weg durch die Erde und fließt zu verschiedenen Quellen, die zu einem nicht geringen Teil im israelischen Kernland liegen – das heißt diesseits der »Grünen Linie« – und deren Wasser in großen Speichern aufgefangen wird. Hierin liegt ein wesentlicher Teil des Streits begründet. Denn während die PA – und mit ihr Amnesty International – darauf besteht, daß der über dem Westjordanland niedergehende und dort in den Boden sickern Regen größtenteils den Palästinensern zusteht, argumentiert die israelische Wasserbehörde damit, daß sich die Quellen überwiegend in Gebieten befinden, die bereits vor 1967 zu Israel gehörten und schon damals genutzt wurden. Um zwischen diesen beiden

renz verifizierbare Fakten enthalten«, kommentierte das israelische Außenministerium den Report. In der Tat hat sich die Menschenrechtsorganisation in hohem Maße auf palästinensische Angaben und Aussagen gestützt, ohne sie zu überprüfen. Die israelische Armee beispielsweise wird als brutale Truppe dargestellt, die die Palästinenser um ihre Lebensgrundlagen bringe, indem sie etwa deren Wasserspeicher und Bewässerungssysteme willkürlich zerstöre. Daß sie damit gegen das illegale Bohren von Brunnen und das Anzapfen von Wasserleitungen vorgeht, also durchaus nicht grundlos handelt, mag man bei Amnesty nicht sehen; entsprechende Erklärungen der Armee werden jedenfalls durchweg als Propaganda verworfen.

Nicht minder befremdlich ist die Behauptung, Israel benutze die Westbank als Mülldeponie. Insbesondere vor dem Hintergrund, daß die zuständigen palästinensischen Behörden sich trotz ihrer vertraglichen Verpflichtungen und internationaler Zuschüsse weigern, eine funktionierende Abwasserentsorgung und -aufbereitung zu organisieren, und damit für die Umwelt- und Grundwasserverschmutzung sowie für daraus resultierende Krankheiten selbst verantwortlich sind, erscheint sie als Phantasmagorie, die sich gefährlich nahe an das antisemitische Stereotyp vom Juden als Brunnenvergifter anlehnt. Auch die Anklage gegen die Siedler, die rechtswidrig auf palästinensischem Boden residierten und sich dort in mit geraubtem Wasser gefüllten, prächtigen Swimmingpools aalten, während die palästinensische Bevölkerung dem Verdurstens nahe sei, verrät mehr über die Autoren des Berichts als über die Wirklichkeit – zumal schon eine simple Internetrecherche zahlreiche Belege für die Existenz komfortabler öffentlicher und privater Schwimmbäder im palästinensisch verwalteten Westjordanland zutage fördert.

Daß die Motivation der Menschenrechtler für »Troubled Waters« hochgradig ideologisch ist, zeigt aber auch das Kapitel »Historischer Hintergrund«. Dort heißt es einleitend: »Das britische Mandat in Palästina endete im November 1947 mit der UN-Entscheidung, das Mandatsgebiet in zwei Staaten zu teilen. Der Staat Israel wurde im Mai 1948 inmitten arabischer Proteste gegründet, und es brach ein Krieg zwischen arabischen und israelischen Streitkräften aus, aus dem Israel siegreich hervorging.« Eine offene Geschichtsklitterung angesichts der Tatsache, daß die arabischen Staaten den UN-Teilungsbeschluß bekanntlich rundweg ablehnten, daß es sich bei den »arabischen Protesten« um unmißverständliche antijüdische Vernichtungsdrohungen handelte und daß nicht einfach ein »Krieg zwischen arabischen und israelischen Streitkräften ausbrach«, sondern fünf arabische Armeen den jüdischen Staat einen Tag nach seiner Proklamation überfielen und ihm den Garau machen wollten. Amnesty – ein Fall von Amnesie? ●

Alex Feuerherdt schrieb in KONKRET 11/09 über den UN-Bericht zum Gaza-Krieg



Troubled waters: Empfang der deutschen Repräsentanz im Westjordanland durch die PA, Ramallah, Oktober 2009

schen Behörden kaum Kläranlagen; das Abwasser werde zu zwei Dritteln ohne weitere Behandlung in die Bäche und Flüsse geleitet, sickere ins Grundwasser ein und sorge so für eine erhebliche Umweltverschmutzung. Weil das Abwasser nicht geklärt werde, fehle außerdem die Möglichkeit, es zur Bewässerung in der Landwirtschaft einzusetzen, wie Israel es tue. Statt dessen werde Frischwasser verwendet, was dazu führe, daß den privaten Haushalten etliche Millionen Kubikmeter nicht zur Verfügung stünden. Das Angebot Israels, die Palästinenser mit entsalztem Wasser zu versorgen, lehne die Autonomiebehörde bis heute ab.

Amnesty geht über diese Mißstände jedoch hinweg und wirft Israel vor, über 80 Prozent der einzigen palästinensischen Wasserbezugsquelle für sich zu beanspruchen. Gemeint ist damit der Gebirgs-Aquifer, ein natürlicher Grundwasserträger bzw. -leiter, der sich über die West-

Positionen einen Kompromiß zu finden, regeln Oslo II und anschließend das JWC die Verteilung dieser Wasservorräte, die auch für Israel existentiell sind (das Land bezieht sein Wasser außerdem vor allem aus dem See Genezareth und dem Aquifer entlang der Meeresküste). Während der jüdische Staat sich diesem Kompromiß verpflichtet fühlt und sein Lieferoll gegenüber den Palästinensern übererfüllt, hält die PA die Vereinbarungen zunehmend für unzureichend und behilft sich mit den erwähnten absprachewidrigen Maßnahmen.

Letzteres findet Amnesty jedoch keineswegs kritikwürdig, wie »Troubled Waters« überhaupt eine einseitige Schuldzuweisung an Israel ist und an wesentlichen Stellen mit zum Teil falschen Zahlen rechnet. »Die Autoren dieses Berichts haben sich dafür entschieden, israelische Angaben, Dokumente und Berichte zu ignorieren, obwohl sie in totaler Transpa-